

Stadt. Louis Schmelzer.) Die Baugenossenschaft für das
Vereinzel der Stadt. Staatsbahngebäuden beschließt mehrere
Gebäude zu erbauen, und zwar an der Sedan-Straße ein
neues und an einem neu anzulegenden Straßenzug von
der Schwanen nach der Döbberer Straße ein Dampflok-
haus. Von der Baugenossenschaft, die eigentlich den neuen
Straßenzug in voller Breite und Länge zu bauen gehabt
hatte, war zunächst nötig geworden zu gestatten, daß sie nur
einen Teil der Straße besse. Der Bauausschuss hatte den
neu teilweise den Bau der Straße nicht gutheißen können und
beschloß, daß die Straße voll ausgebaut wird. Die
Stadt will aber die Hälfte nach dem Schwarzen Blatt
zu selbst bauen. Die Kosten in Höhe von 22 000 Tolar-
schen sollt einen Hälften von der Stadt, auf anderen von der
Baugenossenschaft getragen werden. Der Rat hatte diesem
Vorschlagstheilung zugestimmt. Das Kollegium stimmte fol-
gendem Entwurf Reber zu: Soweit baugleichlich die Kosten
für den Baubau der Straße von der Baugenossenschaft zu
tragen sind, übernimmt die Stadt die Hälfte der Kosten.
Dadurch verbleibt, sich die Kostenverteilung noch etwas
zu tunnen bei Baugenossenschaft. Im übrigen wurde beim
Wissenschafts- und Watsbeschuß zugestimmt.

8. Baukostenübertragungsbetrag. (Berichterstatter Herr Städter, Reyer.) Die Baugenossenschaft für das Regional der Sächsischen Staats-Eisenbahnen hatte in einem Schied gesiegt, daß die Baukostenübertragungszuschlässe für ihr neues Bauvorhaben, das 25 neue Wohnungen erstellen wird, auch von der Gemeinde übernommen werden möchten. Der Betrag beläuft sich auf 98.500 Mark. Der Beauftragte hat sich dahin ausgesprochen, daß die Stadt sich nur dann beteilige, wenn auch der Städter

daß die Stadt sie nur dann beteilige, wenn auch der sächsische Eisenbahnamtshof einen Teil der Summe übernehme. Der von der Stadt zu übernehmende Betrag wurde auf 40 000 Mark festgesetzt. In die Häuser sollen zehn Familien aufgenommen werden, die bereits in Altena Wohnung haben. Der Rat hat diesem Ratschlußbeschuß zugestimmt. Herr Bürgermeister Dr. Schneider macht darauf aufmerksam, daß mit diesem Beschuß der Baugenossenschaft ein großes Entgegenkommen erwiesen worden ist. Die Mittel sollen dem Fonds in Höhe von 100 000 Mark entnommen werden, der bereits vor einigen Monaten für solche Zwecke zur Verfügung gestellt worden ist. Herr Stadtrv. K. Schneider meint, daß durch das Bauvorhaben der Wohnungsmangel ein wenig abgeholt werden werde. Auch die Stadt möge den Bau an der Standortstraße recht bald in Angriff nehmen. Die Wohnungsmangel sei so groß, daß kein Wille unversucht bleiben dürfe, sie zu beheben. Herr Stadtrv. Wenke meint, daß man nun anscheinend hier wohnhabende Eisenbahnbeamte bringen wolle, in die neuen Häuser zu ziehen, durch den Umzug entstünden auch wieder Kosten. Es sei kolossal, was für Kosten jetzt zur Befriedigung der Wohnungsmangel gebracht werden müßten. Hätte man früher diese Summen genommen und den Hausbefreiungsbau mit entlastet, so würde man heute keine Wohnungsmangel haben. Es müsse auch das private Kapital für den Hausbau reichen, um es nicht zu teuer zu machen.

bau wieder mobil gemacht werden. Herr Stadtverwaltungsrat hat den Bauantrag aufgenommen und schreibt darin, daß der Bauauftrag laut der Baugenehmigung für den Bau eines Hauses mit einer Fläche von 100 Quadratmetern und einer Höhe von 10 Metern bestimmt ist. Der Bauauftrag ist jedoch noch nicht erlassen worden. Die Baugenehmigung ist jedoch schon ausgestellt und steht im Besitz des Bauherren. Der Bauauftrag ist jedoch noch nicht erlassen worden. Die Baugenehmigung ist jedoch schon ausgestellt und steht im Besitz des Bauherren.

10. Maßnahmen zum Schutze der Fluren.
(Berichterstatter Herr Stadtv.-Borßt. Schönfuss.) Durch ein
Beschluß des Ortsausschusses zur Sicherung der Ernährung
und des Bauern- und Handarbeiterrates ist der Rat ver-
anlaßt worden, Maßnahmen zur Sicherung der Fluren
im Stadt- und Rittergutsbereich ins Auge zu fassen. Er
hat beschlossen, den Schutz der Fluren durch Flurhüter
in Gemeinschaft mit der Dienstfreien Schuhmanns-
schaft vornehmen zu lassen und für die Vergütungen ein
Vereinbarungsgeld von 5000 Mark bereitzustellen. Das Be-
treten der Fluren und Feldwege soll durch öffentliche
Belehrungsmaßnahmen unterfangen werden. Herr Stadtv. Reyer
betont die Notwendigkeit der Maßnahmen. Er regt an,
die Flurhüter als Hilfspolizeileute einzustellen, damit von
ihnen behauptete Vergehen als Unrechtvergehen angesehen
und geahndet werden können. Auch werde es sich empfehlen,
die Flurhüter Schuhmannsuniform tragen zu
lassen, um ihnen mehr Respekt zu verschaffen. Herr
Stadtv. W. Sonneider erklärt, daß auch die Bür-
oße die Notwendigkeit des Flurwachtes anerkenne. Es sei aber
bereits eine Einwohnerwehr beschlossen und für diesen
Bereich 6000 Mark bewilligt worden. Die erforderlichen
Kosten könnten also aus der Einwohnerwehr genommen
werden. Er stellt den Antrag, die Vorlage an den Rat zu-
rückzubewegen, der die Sache nochmals nach der Abstim-
mung hin prüfen soll, ob nicht die Einwohnerwehr her-
angezogen werden könne. Die erforderlichen Mittel soll-
ten dann in den 6000 Mark mit enthalten sein. Die Un-
regungen des Herrn Reyer könnten auch mit in Betracht
gezogen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider be-
merkt, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, daß unver-
träglich etwas getan werde. Die Einwohnerwehr, der
Gesetzlosheiten entkommen seien, weil von einem Teil der
Bürgermeistertat ihr Zweck nicht richtig erkannt werde, sollte
die Einwohnerwehr sein und könnte nicht für 6000 Mark er-
hobt werden. Da müsse der Beruf gewählt werden, für
den Gesetzlosen Strafpersonen heranzuziehen und sie mit
angemessenen Gefangenissen einzusperren. Die Feldliebhaber
hatten eine falsche Annahme erfaßt, daß von einer Ver-
teilung des Wein und Wein nicht mehr gesprochen wer-
den könne und daß sei eine Gelahr für die Volksversam-
mlung. Die Kartoffeln würden in unvernünftiger Weise und
oft in einem aufdringlichen Darausgeschafft, daß auch die Diebe
keinen Vor teil hätten. Er bitte, nicht den Vertagungsan-
trag anzunehmen, da dadurch die Sache eine Verzöge-
rung erleidet. Die Flurhüter in Uniformen zu haben
möchte nicht angeben, weil keine Uniformen da seien.
Herr Stadtv. Schönfuss ist der Meinung, daß man
zu ziehen, daß die Einwohnerwehr nur politischen Zwecken
dient. Die politischen Mittel seien nicht dazu da, um

der Auswirkungen des Wehrdienstes zu föhlen. Die Bevölkerung und das Bürgertum müssen Mittel aufbringen. Er fordert für den Bewaffnungsdienst ein. Herr Stadtrv. Gauvin ist nicht aus, doch die Waffe, die man für die Einwohnerwehr habe, dem Flurtschuh muss für eine Notwendigkeit, aber es sollte zweimal die ganze Waffe, ob diese privatem Verbrauch immer bestimmt ist, für die Allgemeinheit gezeigt werden, und sie jetzt nur für die von der Einwohnerwehr benutzte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt nochmals, daß die Einwohnerwehr nicht organisiert ist und bis heute noch nicht zur Verfügung stünden. Die Stadt habe eine Abfage des Gewerbeaufsichtsrates bekommen. Er betone ausdrücklich, daß die Einwohnerwehr keinen politischen Zweck habe. Nur das Bedürfnis des Bewaffnungsdienstes müsse er hinnehmen. Der Flurtschuh kommt nicht lediglich dem Eigentum einzelner zugute. Die Bürgerschaft werde sicherlich gern einen Beitrag zahlen, auch das Bürgertum werde es tun. Aber ohne daß eine besondere Organisation geschaffen werde, sei kaum auszutragen. Herr Stadtrv. Dr. Scheider hält seinen Antrag aufrecht. Die Arbeiterschaft wolle die Einwohnerwehr für den Frieden haben, für den sie gebraucht werde. Herr Stadtrv. Reger ist der Meinung, daß der Wolfshandbund bestellt werden soll, mit der Einwohnerwehr nicht zusammenhängende. Es solle auch das Eigentum von Leuten gleichstehen, die keine Großgrundbesitzer seien. Herr Stadtrv. Gauvin stellt den Antrag, daß die Mittel für die Bewachung der Plätze und den Wäldern der Einwohnerwehr genommen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider bemerkt dazu, daß der Rat kaum in der Lage sein werde, diesem Antrage zugestimmen, da er die Einwohnerwehr illusorisch mache. Die Gründung dieser Wehr sei aber notwendig. Herr Stadtrv. Dr. Scheider zieht seinen Bewaffnungsdienst antrag auf Gauvin zugrund. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß das Flurtschuhkommando ja aus Mitgliedern der Einwohnerwehr bestehen könne, daß dann aber noch etwas mehr Mittel zu den 6000 Wert bewilligt werden müßten. Nach weiteren Ausschreibungen der Herren Stadtrv. Gauvin und Günther wurde die Stadtvorlage gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt, der Antrag Gauvins gegen die bürgerlichen angenommen.

11. Tarifvertrag. (Berichterstatter Herr Stadtr. Niedler.) Dem Beitrag zum Arbeitgeberverband Sächs. Gemeinden und dem Abschluß eines Tarifvertrages für die städtischen Arbeiter, der insbesondere die Bezahlung der Hochzeitsferieng und die Urlaubsfreizeit regelt, stimmte das Kollegium entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse zu.

12. Verschiedenes. Herr Stadtv. W. Schnei-
der bittet den Kreisprüfungsausschuss, in den Geschäften
nachzusehen, wo die Waren herstammen und wel-
chen Ursprung sie haben. Wer sich über die Urauftrieben-
heit in der Bevölkerung wundere, der erhalte in den Schau-
fenstern den besten Unsicherungsunterricht. Es möglie test
zugriffen werden, damit der unbarmhärtige Wucher aus
der Welt geschafft werde. Herr Stadtv. Neher schließt
sich diesen Ausführungen an. Gerade in Niedersachsen
sindlich, der Kreisbildung eine Willkür, wie sie anber-
rödts nicht angetreffen sei. Und hier sei der Kommunal-
verband mitschuldig. Als hier ein Hering 1.80 Mark ge-
kostet habe, sei er in Dresden für 1.50 Mark zu haben
gewesen. Das Grundelb aller Gutsche sei der Wucher.
Herr Bürgermeister Dr. Scheiber bittet, die Arbeit der
Kreisprüfungsstelle dadurch zu unterstützen, daß ihr Fülle
von Briefübertragungen mitgeteilt werden.

Schluß der Sitzung gegen 1/48 Uhr.

— "Bolschewismus in Wahrheit und Verstellung.
Für die unabhängige Sozialdemokratie sprach gestern Frau Klemm aus Berlin über „Die Frau im Kampfe des Sozialismus.“ Sie verurteilte das Verhalten der Mehrheitssozialisten, die die Errungenschaften des Revolutionstages immer mehr illustrierten und sie durch das Zusammengehen mit der Bourgeoisie von dem früher gemeinsam aufgestellten Programm zur Durchführung des Sozialismus immer weiter entfernten. Die Feinde der Arbeiterschaft lähnen noch heute in den Parlamenten. „Die Arbeiterräte müßten erhalten bleiben und ihnen die weitgehendsten Kontrollrechte eingeräumt werden. Versammlungs- und Pressefreiheit darf nicht durch Belagerungszustände und Polizeinahmen behindert werden. Die unabhängige Sozialdemokratie sei auch gegen Rassische und Blasphemierungen dienten durch energische Sicherheitsräte, die zur Bestrafung

mühten durch energische Arbeiterräte, die zur Bestimmung
nahmen, verhindert, aber nicht mit Gewaltmittel
unterdrückt werden. Die politische Erregung steige Ketig
und treibe den Unabhängigen weitere Wähler aus den
Reihen der Mehrheitssozialisten zu. Das Frauenwahlrecht
sei auch eine Errungenschaft der Revolution, es sei einzig
und allein nur durch die Sozialdemokratie zustande gekom-
men, die schon vor der Revolution daraufhin gearbeitet
habe. An dem kläglichen Ausfall der Parlaments- und
Communalwahlen seien die Unzufriedenheit der Arbeiterklassen, so-
wie die Mehrheitssozialisten selbst mit schuld. Von den
Versprechungen zum Sozialisieren sei noch nichts geschehen.
Die Aufgabe der unabhängigen Sozialdemokratie sollte sein,
den Kampf für den Sozialismus aufzunehmen und selbst
vor der Diktatur nicht zurückzuschreiten, denn etwas anderes
seien früher der Militarismus und Kapitalismus auch nicht
gewesen. Die Weltrevolution müsse kommen, sie bringe uns
den Sozialismus. Nur eine Verbindung mit den Arbei-
tern anderer Länder könne aus dem Ostrand retten, in das-
seit durch den Militarismus und Imperialismus gekommen
sind. Die Bestrafung der Schuldigen müsse nicht nur bei
uns, sondern auch in anderen Ländern gefordert werden.
Ein Völkerfrieden könne nur durch den Sozialismus kom-
men und von Dauer sein. Die unabhängige sozialdemo-
kratische Partei sage nichts ab von ihrem Programm, das

partische Partei gebe nichts ab von ihrem Programm, das sie mit allen Kampfmitteln zu erreichen suche. Den Kampf führe sie aber nicht mit Nordwaffen, sondern nur mit leichten Waffen. Den Ausübungsort der Gedernier wurde von den zahlreichen Zuhörern bestallt gespendet. — Vor Beginn der Versammlung zügte der Verteiler das höfliche Ureichen der Blätter, auf denen die Einladung zu dieser Versammlung stand.

— Streit der Landarbeiter. In Anklam ist es vorgestern zum Generalstreit gekommen. Zuerst traten die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einlauffvereins den Widerstand, begaben sich in geschlossenen Häfen nach anderen Betrieben und zwangen dort die Arbeiter zur sofortigen Arbeitseinstellung. Das Gaswerk steht still, während das Wasserkraft noch arbeitet. Die Gewerkschaften sind gegen den Streit. In Röslin streiken die Metallarbeiter; auch ruht dort der Straßenbahnbetrieb. Die Verlängerung des Belagerungszuges über fast ganz Sachsen hat unter den Sozialdemokraten große Erregung verursacht. — Die B. B. a. W. meldet aus Königsberg: Von unantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreisverbands der Hand-, Forst- und Weinbergsarbeiter gestellt und Landarbeiter auf, die Arbeit wieder anzunehmen, e nächster Tage Verhandlungen zwecks Abschlusses des Tarifvertrages stattfinden. Zur Käuflichkeitserhaltung der

hinen wurden Regierungsräubungen an dem Streit gefande. — Wie ferner noch aus Streitkonto berichtet wird, landen in den letzten Tagen in Westpreußen zwischen dem Landesbund und dem Handelsvertreterverband Tarifverhandlungen statt, die zwar abgebrochen wurden, in den nächsten Tagen aber wieder aufgenommen werden sollten. Die vom Handelsvertreterverband geforderte Bohnerhöhung war bewilligt worden und wurde bereits seit dem 1. Juli gezahlt. Trotzdem sind auf eine 20 bis 30 Gütern des Kreises Braunsburg Streiks ausgebrochen. — Der Streitbewegung bei den Handarbeitern, die sich bisher auf kommerzielle und gewerbeliche Gebiete beschränkte, steht man an verantwortlicher Stelle keineswegs gleichgültig gegenüber, zumal auch Nachrichten eingingen sind, daß die Bewegung sich auch auf Mitteldeutschland und Sachsen ausdehnen dürfte. Man ist jetzt davon überzeugt, daß es sich wiederum um eine politische Streitbewegung handelt. An zuständiger Stelle haben bereits Verhandlungen über die Maßnahmen stattgefunden, falls der Streit sich weiter ausdehnen sollte. Es wurden insbesondere militärische Maßnahmen ins Auge gefaßt, eventuell die Verhängung des Belagerungszustandes auch noch für andere Regionen. Außerdem ist beabsichtigt, den Arbeitswilligen notwendigen militärischen Schuh in weitegehendem Maße anteil werden zu lassen und auch Soldaten als Hilfskräfte auf das Land zu schicken. Das Handwirtschaftsministerium sieht die Sache nicht so schwarz an. Der Handwirtschaftsminister ist vielmehr der Ansicht, daß derartige Streiks, wie sie jetzt ausgebrochen sind, im allgemeinen nach einigen Tagen zu Ende gehen. — Die Handarbeiterstreiks sind in diesem Augenblick mehr als eine Gefährdung des Wiederaufbaues unserer lämmertisch geschlagenen Nation; sie sind ein Majestätsverbrechen am deutschen Volke! Wer jetzt das Brot Deutschlands auf den Tälern verkommen läßt und streift, die Hände in den Schoß legt, während es gilt, Lebensmittel den unterernährten Müttern und Kindern unseres Volkes darzutreuen, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft.

— Die Erhöhung der Brotration noch nicht
geschieht. Von zuständiger Stelle wird dem W. T. B.
mitgeteilt: Die durch die Presse gegangene Meldung, daß
vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Brotration eintreten
werde, ist in dieser Form nicht zutreffend. In den Ver-
handlungen des 28er Ausschusses in Weimar konnten be-
stimmte Aussagen in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden.
Die Möglichkeit, frühestens vom Oktober ab mehr Brot zur
Verteilung zu bringen, hängt sowohl von Ausfall, Erfassung
und Ausbreitungs möglichkeit des Bruts, als vor allem auch
von der Gestaltung der Getreideel ntu ab, Faktoren, die
durch zahlreiche Umstände, wie vor allem die Gestaltung
unserer Währung, die Noblenförderung usw. entscheidend
beeinflußt werden. Nicht zuletzt wäre die Wirkung von
Bauarbeiterstreiks geeignet, die Hoffnungen auf Erhöhung
der Brotration zu vernichten.

—* Abgabe von Kohlenleder für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen. Für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen, einschließlich der Bevölkerung, steht Kohlenleder zur Verfügung. Die Verteilung für den bislangen Bezirk erfolgt nach Anweisung des Kommunalverbandes Großenhain durch Herrn Schuhmachermeister Carl Grobmann in Riesa, Baumscher Straße 5. Der Preis für das Leder stellt sich auf 7,25 M. für das Pfund. Mit Rücksicht auf die ständig steigenden Lederpriise wird den beteiligten Kreisen baldige Abförderung derartigen Leders empfohlen. Anträge auf Abgabe von Kohlenleder sind an die Umtshauptmannschaft Großenhain zu richten, wobei durch die Ortsbehörde bescheinigt sein muss, daß der Bevölkerung in der Landwirtschaft erwerbstätig ist.

—* Abwanderung der jüdischen Kohlenbergleute. Seit kurzem herrscht eine starke Abwanderung der sächsischen Kohlenbergleute nach dem Ruhrbezirk. Allein aus einigen Döhlener Bergbauorten sind längst 500 Grubenarbeiter abgewandert, unter ihnen 200 jüdische Bergleute, alles fristige Männer. Diese Abwanderung ist für den sächsischen Bergbau bedenklich, da der Nachwuchs nur spärlich ist. Der Grund der Abwanderung ist in der höheren Bezahlung und besseren Versiegung im Ruhrkreis zu suchen.

— Der frühere König von Sachsen für den Kaiser. Der frühere König Friedrich August von Sachsen richtete von Sibyllenort, wo er noch immer weilt, ein Telegramm an den König von England, das folgendermaßen lautet: „Eure Majestät werden verstehen, daß ich und die Prinzen meines Hauses als deutsche Fürsten und Offiziere, ebenso wie sie in der Zeit des Kördes treu zu Kaiser und Reich gehalten haben, auch in dieser Zeit höherer Prüfungen an der Seite unseres Kaisers und Bundesgenossen zu stehen wünschen. Wir erwarten von Euren heiligen Gesühlen Eurer Majestät, daß Eure Majestät den Einschluß dahin geltend machen, daß auf der Entzugsfestung des Deutschen Kaisers nicht weiter bestanden wird.“

—* General Fug b. Ribba, der bisherige Kommandeur des 12. Armeekorps, ist unter dem gestrigen Tage aus dem Staatsdienst getreten.

-R. Verschärfte Autokontrollen. Da die Automobilisten sich trotz aller Warnungen auf dem Wege des Schleichhandels weiter Benzol und Pneumatiks zu hohen Preisen beschaffen und damit die Aufrechterhaltung für die Lebensmittelzufuhr und die freiwilligen-Körperschaftigen Kraftwagenverkehrs gefährden, werden jetzt besonders scharfe Kontrollen eingeführt werden. Die Automobilisten werden sich den Beamten gegenüber nicht nur auf die ordnungsgemäße Erlaubung ihrer Wagen zu legitimieren haben, sondern sie werden auch den Nachweis über die Herkunft von Betriebsstoffen und Reifen führen müssen. Besitzer von Wagen, die auf Vergällungsjahren betroffen werden, droht sofortige Entziehung der Fahrerlaubnis. Es ist deshalb allen Automobilbesitzern anzuraten, ihre Wagen ausschließlich für Geschäftszwecke zu benutzen und zur Meldung von Weiterungen von unerlaubten Fahrttagen.

— * **Luftpost.** Das Reichspostministerium teilt uns folgendes mit: Von jetzt an können zur Beförderung auf Wegen im Betriebe beständlichen oder noch einzurichtenden Flugwegen verludswise Flugpostsendungen bei allen Reichspostanstalten angenommen werden. Zur Flugbeförderung sind zugelassen: gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten und Briefe sowie Pakete und Zeitungen. Außer der gewöhnlichen Postgebühr ist zu entrichten für Postkarten eine Fluggebühr von 10 Pf., für Briefe bis 20 Gramm 10 Pf., über 20 bis 50 Gramm 40 Pf., über 50 bis 100 Gramm 80 Pf., über 100 bis 250 Gramm 120 Pf. Wenn Umlieferung gesünscht wird, wird die gewöhnliche Umliefergebühr dafür sonderbar erhoben. — **Flugpostpakete:** Gebühren wie für ein dringendes Paket, außerdem von je einer Fluggebühr von 10 Pf. für jedes angehängte Kilogramm zu entrichten. Bruttogewicht 20 Kilogramm, größte Ausdehnung 60 Zentimeter in jeder Richtung. Freimachungszwang. Zur Entlastung sämtlicher Gebühren sind bis zur Herausgabe benutzerter Flugpostmarken die gewöhnlichen Freimarken zu verwenden. — **Flugpostzeitungen:** Die Zeitungsbetriebe können für die von ihnen der Post überwiesenen Zeitungen die Flugbeförderung auf den eingerichteten Flugwegen beantragen. Auch dem Zeitungsbetrieber steht ein solches Antragsrecht zu. Für die Flugbeförderung wird über dem gewöhnlichen Bezugspreis eine besondere Flug-